

V o r l a g e  
für die Sitzung des Senats  
am 12. August 2014

**Besetzung des Aufsichtsrates der Bremer Straßenbahn AG**

**A. Problem**

Frau Grewe-Wacker hat ihr Aufsichtsratsmandat bei der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) mit Wirkung zum 31. August 2014 niedergelegt. Daher ist dieses für die Freie Hansestadt Bremen wahrgenommene Mandat neu zu besetzen.

**B. Lösung**

Die Senatorin für Finanzen schlägt dem Senat vor, den Aufsichtsrat der BSAG mit Herrn Dr. Kühling als Nachfolger für Frau Grewe-Wacker besetzen zu lassen. Der Senat hat über diesen Besetzungsvorschlag zu entscheiden.

**C. Alternativen**

Werden nicht vorgeschlagen.

**D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen und Gender-Prüfung**

Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkung

Keine

Gender-Prüfung

Gender-Aspekte wurden geprüft. Der Freien Hansestadt Bremen stehen in dem Aufsichtsrat insgesamt acht Mandate zu. Durch die vorgeschlagene Umbesetzung werden künftig zwei dieser Mandate jeweils durch eine Frau wahrgenommen. In der durch Herrn Dr. Kühling geleiteten Fachabteilung Wirtschaft werden die raumordnerischen Fragestellungen, sofern sie den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen betreffen, gebündelt (Flächennutzungsplan, Verkehrsentwicklungsplan etc.). Als promovierter Ingenieur ist er zudem mit den verkehrsplanerischen Fragestellungen vertraut.

## **E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Vorlage ist mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und der Senatskanzlei abgestimmt. Die Vorlage wurde der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur Kenntnis gegeben.

## **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

### Öffentlichkeitsarbeit

Entfällt

### Veröffentlichung nach dem IFG

Die Vorlage ist zur Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

## **G. Beschluss**

- 1) Der Senat beschließt, den Aufsichtsrat der Bremer Straßenbahn AG mit Herrn Dr. Kühling besetzen zu lassen.
- 2) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.